

Nicht Verteufeln und Verhindern

Tarmstedt Eine fundierte sachliche Agrarpolitik ist das zentrale Anliegen der Junglandwirte in Niedersachsen. Auf ihrer Mitgliederversammlung war ein entsprechender Appell an die Landesregierung aus allen Wortbeiträgen zu hören.

Heiß diskutiertes Thema bei der Mitgliederversammlung der Junglandwirte Niedersachsen, war die aktuelle agrarpolitische Situation. Die Versammlung, zu der über 30 Vertreter der Arbeitskreis Junger Landwirte gekommen waren, fand Ende Juni in Tarmstedt statt. Mit Blick auf die Agrarpolitik der rot-grünen Landesregierung und deren Bestrebungen für die Bundes- und EU-Agrarpolitik, gaben die jungen Leute ihrem Unmut Ausdruck.

Grundsätzlich sind die Junglandwirte offen für Weiterentwicklungen der Tierhaltung. Allerdings fordern sie einen tatsächlichen Dialog zwischen Agrarminister Meyer und der Praxis, die Anerkennung und Einbeziehung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und das Erstellen von Folgenabschätzungen. „Das Verteufeln und Verhindern von Stallbauten sowie das Verteuern der Tierhaltung durch immer neue Auflagen forciert lediglich den Strukturwandel“



Starkes Trio: Der Vorstand der Junglandwirte mit Matthias Teepker, Katrin Carl und Eric Brenneke.

stellte der Vorsitzende Eric Brenneke klar.

Beim geplanten Verbot von Glyphosat gebe es seit Jahren keine neuen Erkenntnisse, die ein Verbot fachlich begründen. Das bestätigt das Bundesinstitut für Risikobewertung, das im vorigen Jahr über 1.000 neue Studien zu dem Thema geprüft

und ausgewertet hat. „Ein Verbot durchzudrücken, nur um grüne Wähler zu bedienen, sei grob fahrlässig“, sagte Brenneke. In puncto Antibiotikaresistenzen machten die Junglandwirte deutlich, dass es wichtig sei, Lösungen zu finden. Dies gelänge jedoch nur auf Basis fachlich fundierter Erkenntnis-

se und gemeinsam mit der Humanmedizin – keinesfalls mit einseitiger Stimmungsmache.

Neben der Agrarpolitik standen Wahlen auf der Tagesordnung. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende Matthias Teepker wurde einstimmig wiedergewählt. Der 32-Jährige bewirtschaftet gemeinsam mit seinem Bruder einen Betrieb im südlichen Emsland mit Sauenhaltung und Hähnchenmast.

Im Vorfeld der Mitgliederversammlung besuchten die Junglandwirte den Betrieb „Böschchen Milch“ in Grasberg. Dirk Böschchen bewirtschaftet einen Futterbaubetrieb mit rund 1.000 Kühen und betreibt intensive Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist, die regionale Akzeptanz der Landwirtschaft auszubauen. Regelmäßig sind Gruppen auf dem Hof und lassen sich die Milchviehhaltung erklären und zeigen. „Ob ein Landwirt 50 oder 1.000 Kühe hält, spielt für das Tierwohl keine Rolle“, betonte Böschchen. „Entscheidend ist, dass der Betriebsleiter und seine Mitarbeiter wissen, worauf es beim Tierwohl ankommt und dies im Betrieb Tag für Tag umsetzen.“

*Christine Kolle,
Landvolk Niedersachsen*

Zahl der Woche

25

Prozent

mehr Warnungen gab das Europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) 2014 heraus. Häufig unter fast 3.800 Fällen: Quecksilber im Fisch, Aflatoxine in Nüssen oder Salmonellen in Hühnerfleisch.

Quelle: RASFF

Bund soll GVO-Anbau verbieten

Gentechnik Einen Gesetzentwurf für ein bundesweit einheitliches Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen haben die grünen Landwirtschaftsminister aus Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vorgelegt.

Ihren Angaben zufolge soll die Regelung Rechtssicherheit schaffen und den nach ihrer Ansicht im Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums nur unzureichend berücksichtigten Länderinteressen Rechnung tragen. Der Gesetzentwurf soll am Freitag in den Bundesrat eingebracht

werden. Die grünen Ressortchefs berufen sich auf mehrere Gutachten, die der Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums widersprechen, der Anbau von „Genpflanzen“ sei nur auf Länderebene rechtsicher zu regeln. Die europäische Opt-Out-Richtlinie gebe den Spielraum, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen einzuschränken oder zu verbieten. Die große Mehrheit der Länder habe bereits im April 2014 die Bundesregierung im Bundesrat aufgefordert, bei der Umsetzung der Opt-Out-Richtlinie bundeseinheitliche Verbote auszusprechen.

AgE/red